

Heiderose Wanzelius  
BIBS Fraktionsvorsitzende  
im Rat der Stadt Braunschweig  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

0531/ 470-2181  
heidi.wanzelius@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 08. Dezember 2009

**Redebeitrag Ratssitzung 08.12.2009**  
**Bannmeile für Alkoholwerbung (TOP 23)**

Liebe Ratskollegen und -kolleginnen,

seit einigen Jahren steht der zunehmend exzessive Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen im Fokus der Schlagzeilen.

Auch Braunschweig schaffte es zu trauriger Berühmtheit!

Im März 2007 berichtete DIE WELT in einem Artikel mit der Überschrift:

**„Viele Jugendliche sind in Gefahr, sich dumm zu trinken“,**

über die Ergebnisse einer Braunschweiger Studie, in der das Alltagsverhalten von Jugendlichen im Umgang mit Alkohol abgerufen wurde.

Erschreckend, was bei der Befragung von 550 Braunschweiger Schülern heraus kam: Fast ein Viertel der 15- und 16- Jährigen betrinkt sich mindestens einmal pro Woche. „Besonders anfällig sind Jugendliche, die mit ihren schulischen Leistungen nicht zufrieden sind“, so ein damaliges Zitat unseres Sozialdezernenten Ulrich Markurth.

Raucht und trinkt sich die Jugend regelmäßig in die Bewusstlosigkeit?

Dieser Frage geht auch der neue Drogenbericht der Bundesregierung von 2008 nach und zeichnet, den Medien nach zu beurteilen, ein eher widersprüchliches Bild auf. Einerseits spricht die Drogenbeauftragte vom Rückgang des Alkoholkonsums - wobei die Ergebnisse auf Telefonbefragungen Jugendlicher basieren - andererseits stehen diese Ergebnisse jedoch im Gegensatz zu harten Fakten, die auf einer flächendeckenden Auswertung von Krankenhausdaten fussen.

Danach wurden im Jahr 2007: 23.165 Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 20 Jahren aufgrund einer Alkoholvergiftung stationär behandelt. Dies ist die höchste Zahl seit der Ersterhebung im Jahr 2000 und entspricht einer Zunahme um 143 Prozent.

Liebe Ratskollegen und -kolleginnen -, angesichts dieser Zahlen dürfen wir nicht wegschauen, sollten den Schutz der Kinder und Jugendlichen als

gesamtgesellschaftliche Aufgabe sehr ernst nehmen und gemeinsam nach Lösungen ringen, die die Abwärtsspirale radikal zum Stoppen bringen.

Unserer Meinung nach ist es zu kurz gegriffen, die Jugendlichen massiv von Plätzen zu vertreiben oder gar harte Sanktionen zu verhängen, wie z.B. den Ausschluss von Fahrerlaubnissen, noch bevor sie das Alter für einen Führerscheinwerb erreicht haben. Nicht das Rausdrängen aus der Öffentlichkeit, sondern das Einbeziehen, das Heranführen an die Verantwortung, aber auch das Nachgehen sollte zu unserer Maxime werden.

Die alten Forderungen des Jugendamtes:

- zu aller erst Maßnahmen zu ergreifen, die Kinder und Jugendliche in ihrem Selbst stärken und ihnen Mut machen, die Herausforderungen in ihrem Leben anzunehmen;
- Informationskampagnen an den Schulen und in den Jugendeinrichtungen auszubauen, die über die Auswirkungen von Alkohol auf die Gesundheit aufklären;
- Stressbewältigung zu erlernen, um den zunehmenden Druck in den Bildungseinrichtungen zu mildern;
- aber auch Maßnahmen einzuleiten, die die Tankstellen, Supermärkte, Diskotheken etc. in die Pflicht nehmen, verschärfte Alterskontrollen durchzuführen;
- etc.

haben sich bewährt und zu guten Ergebnissen geführt.

Diese präventiven Maßnahmen lassen sich beliebig ergänzen, haben uns dazu verleitet, nach Wegen zu suchen, die in der Vergangenheit angedacht, aber nicht konsequent weiterverfolgt worden sind.

**Eine dieser Maßnahmen für Braunschweig als Vorreiterstadt wäre das Einrichten von Bannmeilen rund um die Schulen, in denen das Werben für Alkohol untersagt wird.**

Aufgrund von Langzeitstudien aus den USA und anderen europäischen Ländern ist bekannt, dass das Gehirn eines Heranwachsenden wichtige Entwicklungen durchläuft. Während dieser sensiblen Phase ist es durchaus empfänglich für Werbestrategien bezogen auf Alkohol. So können die Formung ihrer Haltung und Wahrnehmungen sowie die an den Alkoholgenuss geknüpften Erwartungen manipuliert werden. Diese wiederum beeinflussen ihre Entscheidung, Alkohol zu trinken.

Bereits Herr Seehofer (CSU) hat 1998 in seiner damaligen Funktion als Gesundheitsminister eine Chance darin gesehen, Kinder und Jugendliche über diese sogenannten Produktsperren zu schützen. Sein Plan war, eine Bannmeile für Plakatwerbung von 100 Metern um Schulen und Jugendzentren zu ziehen. Leider wurde diese Idee, bevor sie in die Umsetzung gelangen sollte, von ihm wieder auf Eis gelegt.

Es sollten weitere 10 Jahre ins Land ziehen, bis 2008 der Berliner Bezirksbürgermeister von Kreuzberg und Friedrichshain den Mut besaß, sogar ein generelles Verbot für die Werbung von Alkohol und Tabak in seinen Stadtteilen zu verhängen.

Mittlerweile denkt auch die CDU in den Stadtteilen Steglitz und Zehlendorf aufgrund der guten Erfahrungen darüber nach, das Werbeverbot auch in ihren Stadtteilen umzusetzen.

Im Frühjahr 2008 hat die Senatsverwaltung einen Antrag in die bundesweite Gesundheitsministerkonferenz eingebracht, mit dem sie ein generelles Werbeverbot für Alkohol + Tabak in einem gewissen Umkreis von Schulen und Kindertagesstätten fordert.

Und auch der Deutsche Sportbund spricht sich für ein Verbot von Alkohol-Plakatwerbung in der Nähe von Schulen und Sportstätten aus.

Es kommt also Bewegung in die Sache, die Herr Seehofer bereits 1998 angeschoben hat.

Ein generelles Werbeverbot für Alkohol und Tabak, in einer Bannmeile um Schulen und Sporteinrichtungen und Jugendzentren fordern wir nicht.

Aber angesichts der Möglichkeiten, die den Kommunen bleiben, für Kinder und Jugendliche sichtbare Zeichen zu setzen, sie vor immer ausgeklügelteren Werbestrategien zu schützen, bittet die BIBS den Rat der Stadt Braunschweig, zumindest um Schulen in einem Umkreis von 100 m eine Bannmeile für Alkoholwerbung zu erheben.

Und somit ein Zeichen zu setzen.

Der Rat der Stadt Braunschweig möge also beschließen:

„Die Verwaltung wird gebeten, ein kommunales Konzept zu entwickeln, das durch ein Verbot von Alkohol-Plakatwerbung in unmittelbarer Nähe zu Schulen zur Suchtprävention bei Jugendlichen beiträgt.

Zu diesem Zwecke möge die Verwaltung gemeinsam mit der Firma Ströer Deutsche Städte Medien für Braunschweig einen Produktsperre-Plan erstellen, der in Form einer Art „Bannmeile“ im Umkreis von 100 Metern von Schulen Alkoholwerbung auf Plakatwänden, an Bus- und Straßenbahn-Haltestellen und auf Litfaßsäulen untersagt.“